

Luzern, 15. Oktober 2024

STELLUNGNAHME ZU MOTION**M 152**

Nummer:	M 152
Eröffnet:	18.03.2024 / Bildungs- und Kulturdepartement
Antrag Regierungsrat:	15.10.2024 / Teilweise Erheblicherklärung als Postulat
Protokoll-Nr.:	1093

Motion Zbinden Samuel und Mit. über eine Kantonsinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz am Programm Erasmus+

Die Schweiz ist am Bildungsprogramm Erasmus+ 2021–2027 der EU nicht beteiligt. Sie macht jedoch im Status eines Drittlands an den Aktivitäten von Erasmus+ mit. Mit dieser so genannten «Schweizer Lösung» fördert der Bund vor allem Mobilitäts-, Austausch- und Kooperationsaktivitäten, die mit Erasmus+ kompatibel sind. Für die Umsetzung zuständig ist hauptsächlich die nationale Agentur [Movetia](#). Es ist das erklärte [Ziel](#) des Bundesrats, dass die Schweiz an Erasmus+ assoziiert werden kann. Unser Rat unterstützt diese Bestrebungen vollumfänglich, damit die Mobilität von Studierenden und Berufslernenden in der EU wie auch weltweit gefördert werden kann, und damit die Schweiz im (Hochschul-)Bildungs- und im Forschungsbereich den Anschluss nicht verliert (vgl. Anfrage A [420](#) vom 30. November 2020). Die Verhandlungen zur Assoziierung an die EU-Programme (z.B. Horizon Europe, Erasmus+, Euratom Programm, Digital Europe Programm, ITER) sind Teil des Gesamtpakets der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU und wurden im März 2024 aufgenommen.

Die Finanzierung der Schweizer Lösung ist bis Ende 2024 sichergestellt. Ihre weitere Finanzierung ist Teil der [BFI-Botschaft](#) (Bildung, Forschung und Innovation) 2025-2028, über welche National- und Ständerat im Dezember 2024 entscheiden werden. Bei einer Assoziierung an Erasmus+ reichen die eingestellten Bundesmittel jedoch nicht. Gemäss [Factsheet](#) des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) von März 2024 zur Beteiligung der Schweiz an Erasmus+ müssten bei

einer Assoziierung im Rahmen einer Finanzierungsbotschaft zusätzliche Mittel beantragt werden. Auf Nachfrage bestätigte das SBFI, dass der Bundesrat dem Parlament bei erfolgreichen Verhandlungen eine separate Finanzierungsbotschaft unterbreiten wird (vgl. BFI-Botschaft, [Kapitel](#) «Assoziierung an EU-Bildungsprogramme»).

Die Einreichung einer Kantonsinitiative für eine gesicherte Teilnahme der Schweiz am Programm Erasmus+ führt zu keinen nennenswerten Kostenfolgen für den Kanton Luzern. Da Erasmus+ über Bundesgelder finanziert wird, hätte die Assoziierung für den Kanton Luzern keine Kostenfolgen.

Die Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren ([EDK](#)) engagiert sich für Erasmus+. Unser Rat unterstützt die Bestrebungen der EDK und die Assoziierung klar, erachtet aber eine Kantonsinitiative als nicht zielführend, sogar eher als kontraproduktiv. Der Bundesrat setzt sich in den gegenwärtigen Verhandlungen mit der EU bereits für die Assoziierung ein, und die Finanzierungsbotschaft wird folgen, falls die Verhandlungen erfolgreich sind. Eine Zustimmung zu einer Kantonsinitiative würde diese Position nicht stärken, eine Ablehnung würde sie aber in Frage stellen.

Wir werden die Entwicklung beobachten und uns bei Bedarf im Rahmen der EDK und weiterer nationaler Gremien und Vernehmlassungen klar für die Assoziierung und die notwendige Finanzierung einsetzen. Unser Rat beantragt Ihrem Rat, die Motion als Postulat teilweise erheblich zu erklären.